

## Pressemitteilung der DGAW

### Regionalveranstaltung zum Thema „Klärschlammbehandlung“ am 22.02.2017 in Magdeburg

Die Deutsche Gesellschaft für Abfallwirtschaft (DGAW) hat in Kooperation mit den Städtischen Werken Magdeburg (SWM) eine Regionalveranstaltung zum Thema „Klärschlammbehandlung“ durchgeführt. Rund 80 Teilnehmern wurden ein interessantes Programm und anregende Diskussionen geboten. Durch die Veranstaltung führte in gewohnter Manier Präsidiums-Mitglied Prof. Martin Faulstich.

SWM-Geschäftsführer Helmut Herdt als Hausherr stellte die Vorteile von jahrzehntelang etablierten Standorten dar und zeigte auf, dass sie auf die denkbaren politischen Rahmenbedingungen gut vorbereitet sind. Dr. Claus-Gerhard Bergs vom Bundesumweltministerium erläuterte dann den Stand der Novellierung der Klärschlammverordnung. Im März ist die Verabschiedung im Bundestag und im Mai im Bundesrat geplant. Große Veränderungen seien nicht mehr zu erwarten, Anträge auf Reduktion der Ausbaugröße und der Übergangsfristen werden wohl von einigen Ländern eingebracht. Die endgültige Verabschiedung vor der Sommerpause ist daher realistisch. Dr. Christian Kabbe, Vorstand der Deutschen Phosphor Plattform stellte mehrere vielversprechende Phosphor-Recycling-Verfahren vor. Welche dieser Verfahren sich durchsetzen würden, ließe sich derzeit kaum voraussagen.

Die Ingenieurunternehmen Born + Ermel, vertreten durch Ralf Wittstock, und TBF Planer und Ingenieure, vertreten durch Dr. Hans-Dieter Huber, erläuterten die komplexen Planungsprozesse anhand konkreter Beispiele und legten dar, dass die Realisierung von Anlagen zur thermischen Klärschlammbehandlung – von der ersten Ideenskizze bis zur Inbetriebnahme – bisweilen zehn Jahre benötigen. Wenn in den nächsten Jahren zwanzig neue Anlagen gebaut werden sollten, könnte es durchaus zu Engpässen in Planung und Anlagenbau kommen.

Abschließend stellten sich die Referenten einer Podiumsdiskussion mit den Politikern aus Sachsen-Anhalt, Lydia Funke (AfD), Andreas Höppner (Linke) und Dr. Thoralf Schleitz (SPD). Im Grundsatz waren sich alle einig: Die landwirtschaftliche Verwertung für kleine Kläranlagen soll beibehalten werden, der Ausstieg für große Anlagen wird als richtig angesehen, Übergangsfristen von 12 bis 15 Jahren werden als sinnvoll erachtet, Partizipation ist bereits in der Planungsphase erforderlich.

Beim geselligen Beisammensein wurde vielfach eine Fortsetzung des Dialogs gewünscht. Die DGAW wird diesem Wunsch gerne nachkommen.

DGAW e.V.                      Magdeburg, 22. Februar 2017



Weitere Informationen:

Deutsche Gesellschaft für Abfallwirtschaft e.V. (DGAW)  
Nieritzweg 23  
14165 Berlin  
Telefon: 030-84 59 14 77  
E-Mail: [info@dgaw.de](mailto:info@dgaw.de)  
Internet: [www.dgaw.de](http://www.dgaw.de)